

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen bis 60 Pfennig...

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weg. Druck von E. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Nochmals das gewerkschaftliche Versuchskarnickel.

Wer seine Waffe zerbricht, der hat kein Recht, sich zu beklagen, wenn der Gegner ihn über den Haufen rennt, ihn für absehbare Zeit kampfunfähig macht. Die Frage, ob es einen Menschen gibt, der seine Waffen selbst zerbricht, obwohl er weiß, daß er kämpfen muß...

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Zentralkomitee Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr. Telefon Amt Rodden 9841. Postfachkonto 32 287.

Herrn Wilhelm Kneupper, Gellertstraße, König-Wilhelm-Straße 69a.

Werter Genosse!

Eure Mitteilung über die Neugründung eines gewerkschaftlichen Verbandes war uns ganz neu. Jedoch haben wir für die Bestrebungen auf Umgestaltung der Gewerkschaften volles Verständnis. Daß eurem jungen Verbande durch die alten Gewerkschaften bereits der Kampf angelegt worden ist, wundern uns gar nicht. Damit muß man eben rechnen, wenn man neue selbständige Verbandegründungen vornimmt...

Es haben sich auf der gleichen Grundlage wie im Holz- und Hüttengewerbe für die Seeleute der Seemannsbund, für die Hamburger, für die Binnenfahrer der Verband der Binnenfahrer, für Berlin, gegründet.

Diese Organisationen haben sich vorläufig der Zentrale für Betriebsräte, Hütte, Satz 42/44, angeschlossen. Wir können euch nur das gleiche empfehlen. Jedoch wird auch die U. S. P. D. baldigst auf breiterer Grundlage den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Opposition durchführen, worüber ihr rechtzeitig benachrichtigt werdet.

Mit Parteigruß Ihr (Unterzeichneter).

Im Interesse der U. S. P. D., der politischen Organisation, muß also die gewerkschaftliche Einheitsfront zerbrochen werden. Es steht außer Zweifel: die Bestreber werden Erfolg haben, insbesondere bei den unerfahrenen Arbeitern oder solchen Gewerkschaftsmitgliedern, die nichts gelernt haben, denen also die Fähigkeit fehlt, die Folgen der Zersplitterung vorher abzuschätzen zu können...

Nun will die U. S. P. D. baldigst auf breiterer Grundlage die Zersplitterung der Gewerkschaften betreiben durch Zusammenschluß der Opposition. Ob sich die U. S. P. damit den Dank der Arbeiterschaft erwerben wird, ist eine andere Frage. Wir haben uns um die U. S. P. bis jetzt nicht gekümmert. Aber nachdem sie offen den Kampf in die Gewerkschaften hineintragen will, ist es unsere Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem gemeingefährlichen Treiben dieser Leute zu warnen...

Das kann doch nur heißen: Wir fragen nicht danach, was möglich und erreichbar ist, wir werden vielmehr mit dem Kopf durch die Wand rennen. Zu spät werden die „Stabilisierten“ merken, daß es hierbei Trümmern gibt; ob auf Kosten der Wand oder der Köpfe, kann nicht zweifelhaft sein. Der Bureaokratismus soll beseitigt werden, damit der unabhängige Bureaokratismus an seine Stelle kommen kann. An Stelle der seitherigen Bonzen sollen unabhängige Bonzen treten. Es ist wirklich jemand, daß dadurch Wesentliches geändert würde? Die Zersplitterter glauben es jedenfalls nicht, ihnen genügt es schon, wenn sie Leute finden, die das glauben. Es ist traurig um die Arbeiterschaft bestellt, die sich

Wertung der Freiheit. Erhält der Sklave seine Freiheit, genießt er sie zum Ueberdruß. Bald aber steht er, weil er muß, vor dem Dilemma einer Zweifelt. Die Sklaverei ist ihm Gewöhnung, er sieht sich wohl in ihrem Kreis. Die Freiheit wertet er nach Preis und nach dem Stande seiner Lohnung. Sein Geist, vernechtet und verflümmert, begreift den Sinn der Freiheit nicht, drum spielt er ihr ins Angesicht und ruht nicht, bis er sie zertrümmert. Viktor Kallawski.

mit solchen Schlagwörtern betören läßt. Sie wird eines Tages, wenn sie durch Rückschläge und Niederlagen gelehrt hat, einsehen, daß sie genarrt wurde, genarrt von Leuten, die weder Verständnis von der historischen Aufgabe der Arbeiterbewegung haben, noch Verantwortungsgesühl besitzen, das ihnen bei ihren Handlungen als Wegweiser dienen sollte.

Wozu das Hineintragen der unabhängigen Parteimagination in die Gewerkschaften bereits geführt hat, zeigt ein Fall, der sich kürzlich bei der Metallwarenfirma Dannenberg u. Quandt in Berlin abgespielt hat. Dort hat der Arbeiterausschuß die Einstellung eines Schlossers abgelehnt, weil dieser Mehrheitssozialist ist. Wessen Rechtsempfinden solche Handlungen gegen Klassen-genossen zuläßt, dem fehlt die sittliche Reife zur Ausübung eines Amtes als Ausschuß- oder Betriebsratsmitglied. Solche Akte terroristischer Gesinnung sind die Folge der in die Gewerkschaften getragenen zerkleinernden Bestrebungen, gegen die sich jeder rechtlich Denkende wehren muß. Es geht den Arbeiterausschuß nichts an, welcher politischen Richtung jemand angehört. Mag er eine Weltanschauung haben, welche nur immer, mag er politisch der U. S. P. D., der S. P. D., dem Zentrum, der Demokratischen Partei usw. angehören, der Arbeiterausschuß hat sich darum nicht zu kümmern. Was erst werden, wenn die angekündigte neue gewerkschaftliche Organisation kommt. Wenn die erkundete Freiheit die Grenzen überschreitet, die ihr durch das persönliche Recht des Nächsten gezogen sind, dann schlägt sie in Terrorismus um. So gewinnt man aber niemand für seine Ideen. Mit dieser rohesten Form der Agitation wird unter der Arbeiterschaft Haß und Erbitterung geschaffen, und der gute Klang des Wortes „Klassengenosse“ aus dem Munde solcher Terroristen erhält etwas Höhnendes, Häßliches.

Wir können unseren Mitgliedern nur immer wieder raten: Bleibt einig, laßt euch nicht aus politischen Gründen eure gewerkschaftliche Organisation zerstören. In dem Moment, wo die Organisation zerrissen, eure beste Waffe zerbrochen am Boden liegt, wird der Gegner zum Schlage ausholen und die Arbeiterschaft so treffen, daß sie sich so rasch nicht wieder erholt. Wer zur Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Organisation rät, der schädigt die Arbeiterklasse. Tut er es aus Unbernnunft, so lachet man ihn aus, tut er es mit Wissen und Ueberlegung, so sage man ihm ins Gesicht, was er ist: ein Schädling der Arbeiterschaft.

Die Frankfurter Einfuhrmesse.

Es muß den modernen Menschen merkwürdig erscheinen, wenn er liest, daß in unserer Zeit das Messewesen wieder eine Bedeutung erlangt, wie es vielleicht früher einmal, im Mittelalter, der Fall gewesen ist, wo die periodischen Messen gewissermaßen ein Organ der gehobenen Wirtschaft gewesen sind. Demals war der Handelsverkehr nicht anders möglich, als daß der Güteraustausch durch Messen und Märkte reguliert wurde. Wir waren an die Handelsfreiheit gewöhnt, erst der Krieg, der durch den Willen Englands ein Wirtschaftskrieg wurde, hat uns wieder in Zeiten zurückversetzt, wie jene waren, von denen wir eingangs sprachen. Der Krieg hat die Handelsbeziehungen zerstört, hat den Kaufmann von seinen Kunden getrennt, hat die Zahlungsmöglichkeiten beseitigt. Nur so ist es zu erklären, daß wir jetzt in Brüssel, in Utrecht, in Turin, Padua, Venedig, Mailand und Göttingen Messen entdecken sehen, ja, daß auch Frankreich und Amerika daran gehen oder schon darüber hinaus sind, solche Messen zu organisieren. Die Frankfurter Einfuhrmesse ist wegen ihrer besonderen Bedeutung eine der eigenartigsten der Welt. So rechtfertigt es sich, über sie einiges zu berichten. Was soll ihre Aufgabe sein?

Der Krieg hat nicht nur Deutschland schwere wirtschaftliche Nachteile gebracht, er hat auch tief in das ökonomische Leben der alliierten und der neutralen Staaten eingegriffen. Der Mangel an Rohstoffen aller Art ist auch dort nicht gering, die Verbindungen waren für sie genau so gut gestört, wenn nicht zerschritten, wie für uns. Da will nun die Frankfurter Messe eine gewisse Generalprobe darauf sein, in welchem Umfange und zu welchen Preisen wieder Beziehungen angeknüpft werden können. Die erste Aufgabe ist demnach: Eine Anregung in der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu geben, um den deutschen Arbeitsmarkt in die Lage zu versetzen, möglichst viel Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es muß uns darauf ankommen, möglichst solche Rohstoffe und Halbfabrikate zu bekommen, in die wir viel produktive, wertvolle Arbeit hineinstecken können, vor allem Qualitätsarbeit, mit der wir auf dem Weltmarkt ohne Konkurrenz sind. Alles kann man uns nicht nachmachen. Die geistigen Kräfte, die Technik, mit einem Wort, deutsches Gehirn sind bis zu einem bestimmten Grad ohne Konkurrenz, wenn sie richtig bewirtschaftet werden. So wird das Wort „Einfuhrmesse“ nur bedingt richtig sein, das Unternehmen wird sich ebenso sehr den deutschen Fabrikanten für die Ausfuhr zur Verfügung zu stellen haben, nicht allein der Welt wegen. Man kann auch so sagen: Die Messe soll den seit dem Weltkrieg von internationalen Handelsbeziehungen wieder in Gang setzten, der Geschäftsmann im Ausland soll wieder mit dem deutschen Abnehmer in persönliche Fühlung kommen, soll sich an Ort und Stelle überzeugen, in welchem Umfange die Wirtschaft wieder exportfähig ist.

Hier berühren sich deutsche und ausländische Ziele. Wie wir nach Rohstoffen jammern, so hungert der Ausländer nach deutschen Waren, was nicht allein durch den Tiefstand der deutschen Weltwirtschaft begründet wird. Es ist in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft viel zu wenig bekannt, daß die zersplitterte deutsche Welt für den ausländischen Kaufmann ein Anreiz ist, unsere Waren zu kaufen, weil er sie nach ausländischen Werten berechnet, für ein Butterbrot erhält. Natürlich sind für uns die Waren am vorteilhaftesten abzugeben, wozu wir möglichst wenig Rohstoffe vom Ausland hineinzubringen brauchen. Die Einfuhrmesse wird also wie ein feines Uhrwerk zu regulieren haben, möglichst vorteilhaft nach außen abzuliefern und auf der anderen Seite nur solche Rohstoffe zu begünstigen, die möglichst viel Arbeit erfordern. Es zeigt sich darin, wie sehr wir gerade jetzt mit dem Ausland Geschäfts machen könnten, wenn — ja wenn wir eben etwas mehr auszuführen hätten. Nur ein Jahr die Produktion ununterbrochen im Gange gehalten, würde geradezu Wunder wirken.

Wir haben an dieser Entwicklung auch als Arbeiter ein großes Interesse. Immer mehr hören und lesen wir, wie sich die anderen großen gewerbliche Industrien im eigenen Lande großziehen. Wir verweisen nur auf die Leinwandindustrie. Unsere Chemie und unsere kaufmännische Tätigkeit hatten aus dieser Industrie etwas Herorragendes entwickelt. Was auf dem Gebiete der Textilindustrie geleistet worden ist, übersteigt alle Begriffe. Gerade diese Industrie wird durch die Nachwirkungen des Krieges hart betroffen. Die Gefahr ist groß, daß, wenn wir nicht rechtzeitig wieder mit dem Ausland in geschäftliche Beziehungen kommen, ein großer Teil der ausländischen Kundschaft verloren geht. Wir haben es dabei mit einer Industrie zu tun, in der wenig ausländische Rohstoffe fließen, die allein durch Individualarbeit den Weltmarkt beherrscht. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet, da rechtzeitig wieder auf dem Markt zu erscheinen, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden. Das gleiche trifft aber noch auf eine Anzahl weiterer Industrien zu.

Im Ausland macht man sich nun Zeit über die Niederlage der deutschen Industrie ganz falsche Begriffe. Marmorierende Nachrichten über die Wirkung des Streiks haben da viel Fortschritt angebracht. In der Frankfurter Einfuhrmesse soll gezeigt werden, daß vieles davon übertrieben ist. Wir glauben, daß das Ausland davon überrascht sein wird, was die deutsche Industrie, das Handwerk, der Handel trotz der letzten Kriegsjahre, trotz der zerstörten Wirtschaft noch bieten kann. Schon allein daß das Vertrauen zu unserer Wirtschaft dadurch steigen muß, gibt dem Unternehmen Kraft und Stärke.

Man mußte diese Messe, an der sich so ziemlich alles beteiligt, was irgendwie mit Volkswirtschaft zu tun hat, die die Regierung unterstützt, die auch die organisierte Arbeiterschaft mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, als ein gewagtes Unternehmen bezeichnen. Heute, wo wir den Stand der Messe übersehen können, wo wir beobachten, wie ein Neubau nach dem anderen errichtet wird, weil die große Festhalle mit allen Neben-gebäuden nicht ausreicht, die Hölle der Beteiligten zu fassen, weiß man bereits, daß das Wagnis gelungen ist. Man glaubte anfangs, es solle ein Konkurrenzunternehmen zu der Leipziger Messe werden. Nichts ist falscher als das. Man kann eher von einer Ergänzung sprechen. Frankfurt liegt hart an der Grenze des besetzten Gebietes. Daraus erwachsen für die Stadt große Aufgaben für die Zukunft. Sie hat ungeführ die gleiche Rolle gegen den Westen hin zu spielen, wie es etwa Leipzig für den Osten tun wird. Uebrigens ist ja Frankfurt als Messplatz kein Neuling. Es zählte früher zu den berühmtesten Messplätzen Europas. Später hat es allerdings unter dem Einfluß der Handelsfreiheit in dieser Beziehung seinen Ruf nicht aufrechterhalten können. Durch die Wirkung des Krieges und die veränderten Bedingungen aber wird sich die Sache ganz anders ändern. Wäre Deutschland siegreich gewesen, das Reich ein wesentlichen in seiner Struktur unverändert geblieben, müßte natürlich diese Frage anders zu entscheiden sein. Dann wäre auch die Wiederbelebung des Warenverkehrs, des Güterausstauschs weniger schwer gewesen wie heute. Unter diesen veränderten Verhältnissen ist also eine Messe im Westen des Landes anders zu beurteilen als in normalen Zeiten. Frankfurt hat aber auch ganz andere Aufgaben wie Leipzig, die wohl neben-ander laufen können, ohne gegeneinander zu wirken. Leipzig hat die Messe entwickelt, auf der Waren typischer Fabrikmethoden den Käufern vorgeführt wurden und werden. Die Frankfurter Einfuhrmesse hat sich ihre Grenzen weitergesetzt: sie will für den allgemeinen Güterausstausch die Wege freimachen. Wir glauben sogar, daß nichts noch mehr Städte in dieser Beziehung tätig werden eingreifen müssen. Die außerordentliche Zeit erfordert ganz von selbst außerordentliche Mittel. Von Rivallität darf da nicht gesprochen werden. Unsere Serienentwicklung, der Selbstbedarf der Gemeinden, des Staates und des Reiches wird die Städte in dieser Hinsicht noch vor gewaltige Aufgaben stellen.

Wenn jetzt Deutschland zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft schreitet, ist die Wiedereinrichtung geschäftlicher Beziehungen die erste Voraussetzung. Die Ausfahrten dazu sind nicht ganz so trübselig, wie man uns immer glauben machen will. Sie sind — das muß gesagt werden, — nicht ermutigend. Aber in solchen Unternehmungen wie in Frankfurt steht doch ein großes Stück Selbstvertrauen. Es zeigt, daß wir aus gemäßigter Angst an den eigenen Haaren aus dem Schlafmann ziehen wollen. Es liegt Vertrauen zur Volkskraft darin, etwas, was uns auch vom Arbeiterstandpunkt aus freuen kann. Und wenn die Welt immensitärisch würde, ohne Vertrauen auf die eigene Arbeit müßte sie demnach zusammenbrechen. Jugantien dieses Selbstvertrauens kommt der große Warenmangel, der in aller Welt herrscht, der auch uns zugute kommt. Ungeheure Werke sind zerstampft, zerstört, zertrümmert worden. Sieger und Besiegte haben das gemeinsame Interesse, wieder aufzubauen. Dabei steht fest — das zeigen die Erfahrungen bereits in Frankfurt —, daß ein starkes Bedürfnis nach deutschen Waren besteht. Wenn man uns auch wirtschaftspolitisch noch so sehr knechten will, die deutsche Ware



nicht sich ihren Weg suchen. Die Einfuhrmehre will helfen, alle die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich hindernd in den Weg stellen.

Ein dunkler Schatten liegt allerdings über dem Unternehmen: die drohende Kohlennot und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit. Aber auch in dieser Frage wird versucht werden, hier in Frankfurt Erleichterungen zu schaffen. Wie weit es gelingen wird, auch in der Kohlen-schwierigkeit die Wege frei zu machen, wird noch zu berathen sein. Es liegt aber im Arbeitsplan der Zeitung, auch diese Hemmnisse mit zu überbrücken.

Wir lagten schon in andern Zusammenhängen, daß die Beteiligung eminent groß ist. Es sind alle Industrien vertreten.

Wir möchten an einem einzigen kleinen Beispiel zeigen, welche Wirkung z. B. für die Kriegsbeschädigten erhofft wird. Wir haben in Deutschland über 100 000 Amputierte, die einer aus Eisen, Leder oder Gummi zusammengesetzten Prothese bedürftig sind. Dies und zum Teil auch die aus Holz gefertigten Prothesen sind in der erforderlichen Menge herzustellen. Monate nimmt die Anfertigung einer solchen Prothese zur Zeit in Anspruch und monatlich muß der Kriegsbeschädigte arbeitsfähig und tatelos der Anfertigung wegen des Materialmangels harren. Dazu kommt, daß die aus allerlei Hilfsmitteln während des Krieges angefertigten Maschinen schon nach kaum ein bis einhalb Jahren nicht mehr gebraucht werden können. Hier könnten sich die Industrie und die Handelstriebe durch bezugsfähige Einfuhr gerade der für diese Zwecke erforderlichen Rohmaterialien ein bleibendes und für die gesamte Volkswirtschaft notwendiges Verdienst erwerben.

Es ist daher eine Aufgabe der die Einfuhrmehre leitenden Männer, die Einfuhr gerade solcher Rohstoffe zu fördern und vor allem darauf zu achten, daß die Einfuhr nicht für wertlosen Tand benutzt werden, sondern für vollwertige Materialien reserviert bleiben.

Wie hier an einem Fall gezeigt werden ist, könnte man deren noch viele herausgreifen, um zu beweisen, daß wir alle lebhaft daran beteiligt sind.

Frankfurt's Einfuhrmehre soll eine dauernde Einrichtung bleiben. So wenigstens ist die Hoffnung der Arrangenten. Der erste Versuch wird zeigen müssen, ob der Gedanke durchführbar ist, vielleicht läßt sich hier später ein Handlungsbereich mit Leipzig ermöglichen. Im Grunde ist doch hier wie dort der Gedanke der Wiedervereinigung Deutschlands und seiner Wirtschaft, die Erhaltung und weitere Entwicklung seiner Kultur. Dann sind wir Arbeiter stark mitbeteiligt. Unsere Aufgabe wird es sein, von der anderen Seite her Mittel und Wege zu suchen, daß die Arbeiterschaft dabei nicht leer ausgeht, daß sie mit Zeit hat an den Segnungen, die ein wiedererwachendes Deutschland hat. Wir haben für die Anstellung noch einen Spezialkursus: Wege für auch den internationalen Beziehungen freundschaftlicher Wiedervereinigung dienen. Wege der Gedanke der Völkerverständigung auf der Einfuhrmehre nicht an letzter Stelle stehen. Es wäre das höchste Verdienst aller Beteiligten, wenn es gelingen würde, Brücken zu schlagen herüber und hinterher, um wieder Mensch zu Mensch sein zu können. Also auch nach dieser Richtung hat die Messe ihre besondere Bedeutung. Wir können in den Tag einstimmen, den die Weltzeitung am Schluß eines Artikels bringt: So darf gesagt werden, daß politisch, wirtschaftlich und kulturell die Frankfurter Messe großen Aufgaben gerecht zu werden den festen Willen hat, und daß sie ihnen zu genügen vermag, wenn alle, die bezogen sind, mitwirken, den Willen dazu haben.

Röge ein freundschaftlicher Stern über diesem Unternehmen scheinen.

### @@@ Aus der Industrie @@@

#### Papier-Industrie

##### Carifantssitzung in der Buntpapierindustrie.

In der Zeit vom 22. bis 23. Juli 1919 fanden in Eisenach zwischen der Organisation der Bunt-, Chromo- und Metallpapier-Fabrikanten sowie den Vertretern der beteiligten Arbeiterorganisationen, unter Hinzuziehung von Arbeiterauswahlgliedern aus einigen Betrieben, Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages führten. Wegen die in diesem Arbeitsvertrag festgelegten Lohnklassen wurde sowohl von Seiten einiger Arbeitgeber als auch von Seiten der Arbeiterschaft mehrere Betriebe Einspruch erhoben. Um diese Einsprüche zu regeln, fand am 29. September d. J. in Halle a. d. Saale eine Sitzung des Carifantens statt, zu der sowohl die in Frage kommenden Arbeitgeber als auch die Vertreter der Arbeiterauswahlglieder aller Betriebe geladen waren, die gegen die Lohnklassen-Einteilung Einspruch erhoben hatten.

Vor Aufnahme der Tätigkeit des Carifantens wurde unter allseitiger Zustimmung der anwesenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Gültigkeit des in Eisenach abgeschlossenen Vertrages anerkannt und das Carifant für die Regelung der noch schwebenden Streitigkeiten als zuständig erklärt. Daraufhin tagte das Carifant unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Deppner vom Verein Deutscher Bunt- und Chromopapier-Fabrikanten sowie des Kollegen Schäfer vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Einsprüche gegen die Festlegung der Lohnklassen lagen für folgende Firmen vor: Arbeiterauswahl-Gesellschaft Chromo in Alenburg; Rudolf Wiedemann, Chemnitz; Robert Willig in Plone b. Götha; H. Stern u. Co., Jülich; Schönbach u. Co. in Jülich; J. Koenigs in Jülich; Wieders, Realpapierwerke in Jülich; Gustav Kasper, A.-G. in Leipzig-Plagwitz; F. Paragitz in Leipzig; Lindner u. Paalzow in Berlin; Rheinische Papiermaschinen-Gesellschaft in Mannheim; G. F. Zell in Stuttgart; J. B. Weber in Offenbach; Gottfried Möller Söhne in Neumünster; Bunt- und Luxuspapierfabrik Goltzbach; Johann Melhardt in Schiffsvalde; Oswald Entlein in Niederelblich und der Metallpapier-, Bronze- und Metallblechwerke in München.

Das Besprechen des Carifantens ging dahin, unter möglicher Berücksichtigung von Carifantensprüchen eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien auf gleichem Wege zu erzielen. Die aus der nachstehenden Zusammenfassung der dem Carifant vorliegenden Streitfälle hervorgeht, sind diese Einigungen, soweit die Vertreter der Fabriken und Arbeiterauswahlglieder anwesend waren, vollzogen gelungen.

Auf Grund gegenseitiger Verständigung kamen folgende Einigungen zustande:

1. Für den Betrieb der Chromo in Alenburg wird die Lohnklasse 3 als stehend anerkannt.
2. Der Vertreter der Firma Rud. Wiedemann in Chemnitz einigte sich mit dem Vertreter jenes Arbeiterauswahlgliedes dahingehend, daß die Lohnsätze der Lohnklasse 3 ab 1. September 1919 für alle für drei Jahren im Dienste der Firma stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen ein Lohnzuschlag von 5 Prozent erfolge.
3. In der Streitsache der Firma Abt. Willig in Plone kam eine Einigung zustande, welche die Firma die Löhne der Lohnklasse 4 für ihre Arbeiter rückwirkend anerkennt. Außerdem wurde der Vertrag für die angestellten Fabrikarbeiter ab 1. September 1919 von 10 auf 20 Pf. pro Stunde erhöht. Für die übrigen Arbeiterschaft des Betriebes gehen die Lohnsätze der Lohnklasse 4. Weiter war diese Firma der Lohnklasse 5 zugeteilt. In der Schlichtung der beiden letzten Fälle wurde der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes der Papier-Industrie, Kollege Schäfer, als Beisitzer der Arbeiterauswahlglieder mit.
4. Die Arbeiterauswahlglieder der Firma H. Stern u. Co., Schönbach u. Co. in Jülich sowie auch die Arbeiter der Firma Stern u. Co. in Jülich erklärten, daß für diese Betriebe die Lohnklasse 3 ab 1. Oktober 1919 Gültigkeit erlangt. Der nachfolgende Lohn dieser Lohnklasse wird am 1. Oktober ebenfalls zur Auszahlung gebracht. Eine entsprechende Erklärung, die von den Vertretern der 3 Firmen von dem Arbeiterauswahlgliedern sowie dem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes Herrn Schönbach in Jülich unterschrieben war, lag dem Carifant vor. Nachdem mit den genannten 3 Firmen eine Verständigung erzielt war, fand das Carifant einstimmig auf dem Carifantensitzung, daß die Firma Wieders, Metallpapierwerke in Jülich, die Löhne der Lohnklasse 3 ab 1. August 1919 ebenfalls vorübergehend

anzuerkennen hat und an dieses Abkommen gebunden ist. Für die zurückliegende Zeit darf die Firma keine Lohnabzüge vornehmen.

5. Hinsichtlich dem Vertreter der Firma Kasper A.-G. in Leipzig und dem Arbeiterauswahlgliede kam eine Einigung dahingehend zustande, daß für diesen Betrieb der Lohn der Lohnklasse 2 ab 1. September 1919 Gültigkeit besitzt. Der Arbeiterauswahlglied der Firma Paragitz in Leipzig stimmte dieser Vereinbarung zu, so daß auch diese Firma an dieses Abkommen gebunden ist. Bis her waren die Betriebe in Leipzig der Lohnklasse 3 zugeteilt.

6. Nachdem Leipzig in die Lohnklasse 2 aufgeführt ist, erklärte sich der Vertreter der Firma Lindner u. Paalzow in Berlin mit der Einreichung seines Betriebes in die Lohnklasse 1 einverstanden.

7. Hinsichtlich dem Vertreter der Firma Abt. Willig in Plone und dem Vertreter des Arbeiterauswahlgliedes dieser Firma kam eine Verständigung dahingehend zustande, daß für diesen Betrieb die Lohnsätze der Lohnklasse 2 in Gültigkeit bleiben. Auf diese Lohnsätze gewährt die Firma sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen mit rückwirkender Kraft vom 1. August 1919 an einen Lohnzuschlag von 15 Prozent.

8. Der Vertreter der Firma Zell in Stuttgart hat dem Carifant schriftlich mitgeteilt, daß er an der Sitzung nicht teilnehmen könne. Mit Zustimmung des Vertreters des Arbeiterauswahlgliedes dieser Firma beschließt das Carifant, daß die Firma Zell ihrer Arbeiter die Lohnsätze der Lohnklasse 3 zu zahlen hat. Erkennt die Firma diese Vereinbarung freiwillig an, so sollen die Lohnsätze der Klasse 3 ab 1. September in Kraft treten. Verweigert die Firma die Anerkennung dieser Lohnsätze, so treten dieselben Sätze ab 1. August 1919 rechtsgültig in Kraft. Bis her gehörte Stuttgart zur Lohnklasse 4.

9. In der Streitsache gegen die Firma J. B. Weber in Offenbach war nur ein Vertreter des Arbeiterauswahlgliedes erschienen. Die Firma fehlte unentschuldig, trotzdem sie ordnungsmäßig und rechtzeitig zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen war. Aus diesem Grunde entschied das Carifant mit 6 Stimmen, bei 4 Stimmen Enthaltung, daß Offenbach ab 1. Oktober 1919 in die Lohnklasse 2 eingereiht wird. Offenbach gehörte bisher zur Lohnklasse 3.

10. Die Firma Gottfried Möller Söhne in Neumünster weigerte sich bisher, die Lohnsätze der Lohnklasse 5 anzuerkennen. Der anwesende Vertreter der Firma erkannte diese Lohnsätze für seinen Betrieb als rechtsgültig an, so daß der Arbeiterschaft der bisher zu wenig gezahlte Lohn nachgezahlt werden muß.

11. Die Firma Bunt- und Luxuspapierfabrikanten in Goltzbach hatte den Antrag an das Carifant gestellt, daß die Nachtarbeitszuschläge für diesen Betrieb aufgehoben werden sollen. Das Carifant lehnte dieses Ansuchen ab, da diese Zuschläge nach § 5 des Gesamtarbeitsvertrages geregelt sind und für sämtliche Firmen der Industrie Geltung haben.

12. In der Streitsache der Firma Joh. Melhardt in Schiffsvalde kam unter Mitwirkung des Gewerkschaftsvertreters Sparenberg vom Zentralverband der Christl. Fabrik- und Transportarbeiter eine Verständigung dahingehend zustande, daß diese Firma die Lohnsätze der Lohnklasse 5 ab 1. September 1919 anerkennt und außerdem ihrer Arbeiterschaft eine einmalige Entschädigung in der Höhe eines Wochenlohnes nach Lohnklasse 5 gewährt. Die Firma hatte sich bisher geweigert, die Lohnsätze der Lohnklasse 5, der niedrigsten des Arbeitsvertrages, anzuerkennen. Da der Vertreter des christlichen Fabrikarbeiterverbandes auf die Nachzahlung der zu niedrig gezahlten Löhne nach Lohnklasse 5 keinen Wert legte, so gilt die einmalige Entschädigung eines Wochenlohnes als Ersatz für diesen Lohnausfall.

13. Die Firma Entlein in Niederelblich hatte gegen ihre Zuteilung zur Lohnklasse 3 Protest erhoben. Nach einer Ansprache des Vertreters dieser Firma mit dem Gewerkschaftsvertreter Nidel der Juchställe Mügeln vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, zog Herr Entlein seinen Einspruch zurück und erkannte die Lohnsätze 3 für seinen Betrieb als rechtsgültig an. Außerdem kam eine Verständigung dahingehend zustande, daß für die Arbeit in der Goldschmiederei ein Zuschlag von 1 Mt. für den geleisteten Arbeitstag gezahlt wird.

14. Der Einspruch der Metallpapier-, Bronze- und Metallblechwerke in München gegen die Einweisung in die Lohnklasse 2 ist im Carifant zu spät eingelaufen, so daß die beteiligten Parteien nicht mehr geladen werden konnten. Aus diesem Grunde wird der Einspruch bis zur nächsten Carifantensitzung verzagt und die Vertreter der Arbeiterschaft sowie der Firma aufgefordert, bis zu dieser Sitzung ihre Begründung schriftlich an das Carifant einzureichen.

Das Ergebnis dieser Carifantensitzung dürfte, allgemein betrachtet, als zufriedenstellend bezeichnet werden. Hervorgehoben werden muß aber doch, daß durch das kurzfristige Verhalten einzelner Unternehmer, die sich gegen die Einweisung in die niedrigste Lohnklasse sträubten, dem Carifant die Arbeit erschwert und unter der Arbeiterschaft dieser Betriebe unangenehme Verwirrung herbeigeführt wird, die letzten Endes auch eine Abneigung dieser Arbeiterschaft gegen Arbeitsverträge überhaupt hinauslaufen muß. Unentschuldig haben sich nicht nur die Vertreter der Arbeitnehmer, sondern auch die Vertreter der Arbeitgeber im Carifant nicht auf den Standpunkt gestellt, daß eine Abwechslung nach unten in den vereinbarten Lohnsätzen nicht gestattet werden kann. Das müssen sich besonders jene Unternehmer zu Gemüte führen, die bisher immer noch versuchen, auf die Arbeitslöhne einen Druck auszuüben, um so ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

An der Arbeiterschaft in der Bunt-, Chromo- und Metallpapier-Industrie wird es nun liegen, durch einen weiteren Ausbau ihre Arbeiterorganisationen dafür zu sorgen, daß der einmal beschlossene Weg des Carifantens weiter ausgebaut wird und so auch für diese Arbeiterschaft ein geordnetes Lohn- und Arbeitsverhältnis im ganzen Reich geschaffen werden können. Wir werden in einer der nächsten Nummern des „Proletariats“ den mit den Bunt-, Chromo- und Metallpapierfabrikanten abgeschlossenen Arbeitsvertrag zur Veröffentlichung bringen. Mag die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe dann dafür sorgen, daß die in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen von beiden Seiten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, gewissenhaft eingehalten werden. Wichtig ist dieses, so werden auch in Zukunft die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in dieser Industriegruppe seltener und das Arbeitsverhältnis ein besseres werden. An einer solchen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses mitzuwirken, ist nicht nur Aufgabe der Arbeiterschaft, sondern vor allen Dingen auch der Arbeitgeber. G. St.

#### Capeten-Industrie

##### Die neue Lohnregelung.

In nachstehenden geben wir allen Kollegen und Kolleginnen die jetzigen Grundlöhne bekannt, die für alle Arbeiter maßgebend sind und unbedingt gezahlt werden müssen:

	Lohnklasse I	II	III	IV
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Drucker an Maschinen bis 4 Farben	2,10	1,95	1,60	1,50
Drucker an Maschinen v. 6—8 Farb.	2,45	2,30	1,95	1,60
Drucker an Maschinen über 8 Farb.	2,65	2,50	2,20	1,85
Grundriener	2,10	1,95	1,60	1,50
Facharbeiter	2,45	2,30	1,95	1,60
Handarbeiter	2,05	1,90	1,55	1,45
Selbständige Arbeiter	2,10	1,95	1,60	1,50
Männl. Hilfsarbeiter un. 17 Jahren	1,10	0,90	0,80	0,70
Männl. Hilfsarbeiter v. 17 bis 21 J.	1,50	1,30	1,20	1,—
Männl. Hilfsarbeiter über 21 Jahre	1,80	1,60	1,50	1,30
Weibl. Hilfsarbeiter un. 17 Jahren	0,90	0,80	0,70	0,60
Weibl. Hilfsarbeiter v. 17 bis 21 J.	1,10	1,—	0,85	0,70
Weibl. Hilfsarbeiter über 21 Jahre	1,45	1,35	1,25	1,10

So bereits höhere Löhne als im Arbeitsvertrag vorgegeben und Lohnzusatzlagen gezahlt werden, dürfen diese nicht bei den jetzigen Zuschlägen angerechnet werden. Diese vom 1. Oktober an zu zahlenden Zuschläge, die in den obigen Grundlöhnen bereits mit eingerechnet sind, gehen aus der nachfolgenden Vereinbarung unserer Organisation mit dem Arbeitgeberverbande hervor:

#### Niederschrift über die gemeinschaftliche Verhandlung des Arbeitgeber-Verbandes der Papier verarbeitenden Industrien, Fachgruppe Tapeten- und Buntglaspapier-Fabrikation, mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands am 9. Oktober 1919.

Es wird beschlossen, die in dem Reichstatut vom 4. Juni 1919 festgelegten Löhne wie folgt zu erhöhen:

1. Sämtliche Drucker, Grundriener, Handarbeiter, Radierer, Farbmischer, Delbrücker, Präger und selbständigen Arbeiter in sämtlichen Ortsklassen erhalten einen Zuschlag von 30 Pf. pro Stunde.  
Männliche Hilfsarbeiter unter 17 Jahren erhalten einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde.  
Männliche Hilfsarbeiter von 17 bis 21 Jahren erhalten einen Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde.  
Männliche Hilfsarbeiter über 21 Jahre erhalten einen Zuschlag von 30 Pf. pro Stunde.  
Weibliche Hilfsarbeiter bis zu 21 Jahren erhalten einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde.  
Weibliche Hilfsarbeiter über 21 Jahre erhalten einen Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde.
2. Da an verschiedenen Stellen des Reiches bereits jetzt schon höhere Löhne als die alten Tariflöhne gezahlt werden, so hält es der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien, Fachgruppe Tapeten- und Buntglaspapier-Fabrikation, für erforderlich, der Forderung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands Rechnung zu tragen, die dahin geht, daß die auf die Tarifsätze bewilligten Löhne auch dort eintreten, wo bereits über den Tarif bezahlt wird.
3. Die vorstehenden Erhöhungen treten von Mittwoch, den 1. Oktober 1919, an in Kraft.
4. Der Tarifvertrag vom 4. Juni 1919 gilt mit Annahme der vorstehenden Erhöhungen als um 6 Monate verlängert, d. h. bis zum 30. Juni 1920.
5. Zweck Regelung des Verhältnisses werden sich die Vorstände der vertragsschließenden Organisationen ins Benehmen setzen.

D. g. u.

Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien, Fachgruppe Tapeten- und Buntglaspapier-Fabrikation.  
Der 1. Vorsitzende. Der Syndikus.  
Jaques Kuchemann. Emil Liepmann.  
Hugo Rasch. R. Arnolds. Georg Peine.  
J. B. Schäfer. Syndikus Dr. Feldgen.  
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.  
Ludwig Philipps. Adolf Kreuz.  
Wilhelm Kaller. Karl Rudolph. Philipp Meth.  
Karl Henze.

#### Keramische Industrie

##### Eine christliche „Berichtigung“.

Die Geschäftsstelle des evang.-lutherischen Keramarbeiterverbändes in Lage i. Lippe, die sich „Gewerverein deutscher Ziegler“ nennt, fendet uns eine Berichtigung einer Notiz in Nr. 38 des „Proletariats“ aus Minden. In der Notiz wird mitgeteilt, daß eine Anzahl Zieglerkollegen von den „Christen“ zu uns übergetreten seien, obwohl die „Christen“ ihren Vereinspastor wieder losgelassen hätten. In der Berichtigung heißt es nun:

„1. Es ist unklar, daß die Zahlstelle übergetreten ist, weil der Gewerverein die Interessen der Ziegler nicht vertreten hat oder kann.“  
Damit wird etwas behauptet, was gar nicht existiert. Wir haben etwas Derartiges weder behauptet noch angedeutet. Der gute Mann weiß aufsehend ganz genau, weshalb die Kollegen zu uns kamen. Und wenn er es gern noch einmal hören will, so mag er die Kollegen fragen. Die „Christen“ hat sie jedenfalls dort nicht vertrieben, denn von solcher ist bei den „Christen“ wenig zu berichten.

Dieselbe Notiz wird von den Christen auch in Nr. 15 ihres Blattes „Gut Brand“ verarbeitet. Dort heißt es, der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes in Minden nehme es mit der Wahrheit nicht genau. Es wird dann noch von „Lügenberichten“ geschrieben, und schließlich wird betont, der Lügner sei auch in der heutigen Zeit ein U. m. p. Dieser Meinung sind auch wir. Wenn nun der Christenmann aus Lage i. Lippe in seiner Berichtigung eine Behauptung aufstellt, die in der Notiz gar nicht vorhanden ist, so ist das eine Lüge. In seinem Vereinsblättchen kann er nun nachschlagen, welche moralische Qualität er besitzt. Wir gratulieren!

Nun zu der Ursache des Uebertritts der Kollegen. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Ziegler des Reiches Minden in diesem Frühjahr gehörten die Arbeiter der Ziegelei Friedewalde dem Christenverein an. Wir bekamen darauf, daß alle Ueberstunden mit 25 Prozent bzw. 50 Prozent Zuschlag bezahlt wurden. Der Besitzer der Ziegelei Friedewalde machte nun geltend, wenn er die Ueberstundenzuschläge bezahlen solle, so werde er keine Ueberstunden arbeiten lassen und sich an den Achtstundentag halten. Die Arbeiterschaft des betreffenden Betriebes bestand aus Lippern und Anstättigen. Die lippischen Kollegen hatten als Wanderarbeiter ein Interesse, die Zeit möglichst auszunutzen. Sie verzichteten auf den Ueberstundenzuschlag und vereinbarten mit dem Besitzer eine zehnstündige Arbeitszeit. Die anstättigen Kollegen waren im Interesse ihrer lippischen Kollegen zunächst damit einverstanden. Später änderten sie ihre Ansicht und verlangten den Zuschlag. Nachdem sie diesen als Mitglieder des Christenvereins nicht erhalten konnten, traten sie zu unserem Verband über. Darauf bahnte unsere Organisationsleitung Verhandlungen mit dem Ziegeleibesitzer an und erzielte die Bezahlung der Ueberstunden.

Die „Christen“ trösteten sich mit dem Uebertritt der Kollegen, indem sie behaupteten, vom Fabrikarbeiterverband seien hundertmal soviel zu ihnen übergetreten. Vielleicht stellen sie uns einmal diese Uebertritte zur Nachprüfung zur Verfügung. Wir wissen ja aus Erfahrung, daß sie es in puncto Mitgliederzahlen nicht so genau nehmen.  
Wie es mit dem Uebertritt unserer Mitglieder zu den Christen aussieht, zeigt ein Bericht des Christenbeamten Küster in Gildesheim in Nr. 11 des „Gut Brand“. Dort wird mitgeteilt, daß gelegentlich der Tarifverhandlungen für die Ziegler in Duderstadt die wenigen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes zu den Christen übergetreten seien. Auf eine Anfrage in Duderstadt erhielten wir zur Antwort, daß dort von Uebertritten zu den Christen nichts bekannt sei. Wir kennen aber auch Fälle, wo die Christenbeamten auf den Ziegler hereinherauskamen, und den bei uns fruchtlos gesuchten Kollegen die Mitgliedsarten abverlangten. Wenn in solchen Fällen christlichen Streikbroschüren einige Kollegen in ihrer Unerschrockenheit ihre Mitgliedsarten abliefern, so nennen das die „Christen“ Uebertritte.

In der „Berichtigung“ wird dann weiter bemerkt, es sei unklar, daß der Vereinspastor Reich mobil gemacht worden sei. Der Pastor sei schon zu Beginn des Jahres aus dem Verein ausgeschieden. Unser Gewerverein! Wenn schon dein Gründer, dein Führer und Pfleger die Hinte ins Korn wirft, dann muß es schlecht mit dir bestellt sein. Hoffentlich haben die übrigen „Zehnzügler“, die Professoren, Justizräte usw. sich nicht auch pensionieren lassen? Oder doch! Dann könnten wir allerdings verstehen, weshalb der Gewerverein bei dem christlichen Keramarbeiterverbänden Unterjochung gesucht hat. Wenn die „Christen“



man erklären, der Pastor Zeiß hält keine Biegelpredigten mehr, so haben wir keine Ursache, daran zu zweifeln. Als „Christen“ liegt ihnen ja Bisse fern. Es muß aber auch nicht gerade ein Pastor Zeiß sein, und muß auch nicht von den Gewerkschaften mobil gemacht sein. Das tut gar nichts zur Sache. Es gibt heute noch eine ganze Anzahl Wanderapostel, die mit der ewigen Seligkeit hauffieren gehen. Wenn sie nicht immer ihre Visitenkarte abgeben, sind die Arbeiter für etwaige Irrtümer nicht haftbar zu machen.

„Arbeiterauszeichnung.“

Die Unternehmer können sich von ihren veralteten Gespinnstspinneln noch nicht trennen, auch wenn sie in der neuen Zeit direkt lächerlich wirken. So gibt man auch heute noch den Arbeitern nach 25jähriger Arbeit als Jubiläumsgeschenk einen farbigen Bildebogen. Die Arbeitgebervereinigungen registrieren dieses als Zeichen besonderer Wohlwollens der Unternehmer für „ihre“ Arbeiter. Aus dem u. i. W. wurde dieser Tage gemeldet, daß ein Arbeiter der Firma Portlandzement- und Kalkwerke W. H. Schlenhoff & Co. als Anerkennung für 25jährige treu geleistete Dienste ein Gedenkblatt erhielt. Wir nehmen an, daß dieses Gedenkblatt nicht nur aus dem erwähnten Bildebogen bestand, sondern mindestens noch ein Tausendmarktschein beigelegt war. Es wäre dies bei 25jähriger Arbeit eine Anerkennung von etwa 13 Pf. pro Arbeitstag. Gewiß eine Bagatelle in Anbetracht der vielen Tausende von Mark, die der Arbeiter an Gewinn erarbeitet hat. Sollte diese Beilage aber nicht gespendet sein, so ist es besser, die Firma behält auch ihre Bildebogen.

Gewinne der Zementindustrie.

Die Zementindustrie hat im verfloßenen Geschäftsjahr 1918/19 im allgemeinen recht annehmbare Ergebnisse zu verzeichnen. Den Beweis dafür haben wir durch die Veröffentlichung der Gewinne einer Anzahl Zementfabriken wiederholt geliefert. Einige weitere Beweise sollen hier Platz finden. So erzielte die Gewerkschaft C. S. A. Portlandzement- und Kalkwerke in Neudamm, einen Gewinn von 239.300 Mk., wovon pro Akt 200 Mk. Dividende gezahlt werden. Das Bayerische Portlandzementwerk Marienstein erreichte einen Reingewinn von 256.288 Mk. Davon erhielten die Aktionäre 6 Prozent Dividende = 75.000 Mk., dem Arbeiterunterstützungsfonds wurden 50.000 Mk. überwiesen, und der Rest wurde zurückgelegt für das laufende Geschäftsjahr. Die Wikingische Portlandzement- und Wafferkalkwerke in München erreichten einen Reingewinn von 1.033.402 Mk. Die Aktionäre erhielten davon 12 Prozent Dividende, das sind 889.200 Mark. Der Aufsichtsrat erhielt für seine aufreibende Arbeit in den Sitzungen eine Vergütung von 87.506 Mk. Der verbleibende Rest kam in den Vorratsbeutel.

Wirges im Westerwald.

Nachdem die Revolution auch in den dunklen Winkeln des Westerwaldes die Arbeiterschaft etwas aufgerüttelt hat, kam es im Juni in der Tonindustrie zu einer allgemeinen Lohnbewegung. In der Lohnfrage konnte jedoch eine Einigung nicht erzielt werden. Der Schlichtungsausschuß Oberlahnsteins fällt daraufhin einen Schiedsspruch, den die Unternehmer ablehnten. Die Arbeiter traten deshalb in den Streik und sandten gleichzeitig eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsministerium. Dieses beauftragte den Demobilisierungskommissar zu Koblenz mit der sofortigen Erledigung der Streikfrage. Der Schlichtungsausschuß zu Koblenz fällt nunmehr einen Schiedsspruch, den beide Parteien im voraus anerkannten. Danach gelten jetzt folgende Lohnsätze: Für ungelernete Arbeiter von 14 bis 16 Jahren pro Stunde 65 bis 80 Pf., von 16 bis 18 Jahren 85 bis 110 Pf., von 18 bis 20 Jahren 1,20 bis 1,50 Mk., von 20 bis 22 Jahren 1,60 bis 1,70 Mk. und von über 22 Jahren 1,80 Mk. Für Arbeiten mit großer Staubentwicklung wird ein besonderer Zuschlag gemacht. Arbeiterinnen erhalten 60 Prozent der Löhne der Arbeiter. Berechtigten Jugendlichen die Arbeit älterer Arbeiter und Arbeiterinnen, so erhalten sie den dafür vereinbarten Lohnsatz. Die Brenner erhalten am Ringofen 1,80 Mk., am direkten Ofen 2 Mk. und am Kammhakenofen für die letzten 14 Stunden 2,20 Mk. pro Stunde. Die Former, Tongrüber, Heizer und Handwerker erhalten zu den oben genannten Lohnsätzen, sofern es gelernte Arbeitskräfte sind, 30 Pf., und ungelernete 20 Pf. Zuschlag. Maurer erhalten bei Feuerarbeit einen Zuschlag von 25 bis 50 Prozent. Tongrüber im Schacht erhalten 25 Prozent mehr als die Tongrüber im Tagebau. Die Arbeiter sind sich bewußt, daß die erreichten Lohnsätze zu einer angemessenen Existenz noch keineswegs ausreichen. Sie betrachten deshalb das Ergebnis auch nur als eine Währungsmaßnahme, mit der sie in Anbetracht des jungen Organisationsverhältnisses sich zunächst abfinden. Zur gegebenen Zeit werden sie alles daran setzen, um weiter vorwärts zu kommen. Bis dahin gilt es die Organisation zu stärken und einheitlicher zu gestalten, damit sie auch wirklich eine Sicherung unserer Zukunft darstellt.

Zucker-Industrie

Konferenz der Arbeiter und Arbeiterinnen der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie Schlesiens am 5. Oktober in Breslau.

Anwesend waren 50 Vertreter, davon 1 Vertreter des Hauptvorstandes, 3 Vertreter vom Gewerkschaftsbund (Gau 6, Schloßen), 6 Angestellte und 40 Kollegen aus der Zuckerindustrie.

- Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Unsere bisherigen Lohnverhandlungen in der Zuckerindustrie und unsere weitere Stellungnahme dazu. 2. Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und die Gewerkschaft.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Gewerkschaftsleiter Kollege Thiemer (Breslau). Er schilderte die Tarifbewegung in den früheren Zeiten, als die Arbeiterschaft noch nicht genügend organisiert war, was es nicht möglich, für dieselben in dem Maße einzutreten, als es wünschenswert gewesen wäre. Die große Umwälzung im November 1918 sei aber auch nicht an den Zuckerarbeitern spurlos vorübergegangen, sondern zeige auch diesen den Weg zum Aufstieg. Durch das Erlöschen der Organisation war nun die Möglichkeit gegeben, für Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten. Durch die Arbeitsgemeinschaft, in der die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren anerkannt werden, war die Grundlage geschaffen, die Löhne ganz erheblich zu heben. Leider ist es nicht gelungen, eine Lohnhöhe zu erreichen, wie sie von den Arbeitern verlangt wurde. Kollege Thiemer berichtete kurz über die letzten Lohnverhandlungen in der Zuckerindustrie. Von Seiten der Organisationsvertreter wurde eine Lohnforderung von 25 Pf. pro Stunde für Männer, 20 Pf. pro Stunde für Frauen gefordert. Diese Forderungen wurden von den Arbeitgebern als zu hoch abgelehnt. Nach langem Verhandeln willigten die Unternehmer in einen Zuschlag von 10 Pf. für männliche Arbeiter im Alter von 16-20 Jahren und 15 Pf. Zuschlag für männliche Arbeiter über 20 Jahre alt, Frauen sollten 15 Pf. pro Stunde Zuschlag erhalten. Dieser Zuschlag wurde nun seitens der Organisationsvertreter nicht angenommen und die Verhandlungen scheiterten. Einen Sturm der Entrüstung lösten diese Mitteilungen bei den Vertretern aus. Redner führte nun aus, daß die Unternehmer annehmen, weil die Löhne in Schlesien immer besonders niedrig waren, dies auch in Zukunft so bleiben müsse. Sie behaupten, nicht eher höhere Löhne zahlen zu können, bis die Zwangswirtschaft in der Zuckerindustrie aufgehoben sei. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft ist vorläufig aber unmöglich. Die Arbeitgeber wollen Lohnverhandlungen zentral überhaupt nicht führen, sondern bezirksweise und ist ein diesbezüglicher Vorschlag von dem Geschäftsführer der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie Schlesiens auch bei der Organisation eingegangen. Dies kann aber nicht angenommen werden, denn die Folge davon wäre, daß wir dann nicht 3 oder 4 Lohnklassen, sondern 40 oder 50 hätten. Die Organisationsvertreter haben dem Geschäftsführer erklärt, auf zentralen Verhandlungen bestehen zu müssen.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich eine ganze Anzahl Debatteure dahingehend aus, daß der geforderte und von den Unter-

nehmern abgelehnte Zuschlag noch viel zu niedrig bemessen sei und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution. Die heute am 5. Oktober 1919 im Gewerkschaftshaus zu Breslau tagende Konferenz der im Fabrikarbeiterverband Deutschlands organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie Schlesiens von 40 Betrieben nimmt den Bericht ihrer Organisationsvertreter entgegen und erklärt sich mit deren Verhalten einverstanden. Die Konferenz protestiert ganz entschieden dagegen, wenn die Arbeitgeber erklären, daß die Arbeiterschaft mit ihrem bisherigen Lohn einverstanden sei und die Lohnforderungen nur das Werk der Organisationsvertreter sei. Die Konferenz ist sich ihres Zorns vollständig bewußt und weiß, daß unter zerrüttetes Wirtschaftsleben keine Störungen vertragen. Aber die bittere Not und der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterschaft zwingt sie, für höheres Einkommen zu sorgen und hofft daher, daß die berechtigten Forderungen, wie nachstehend bemerkt, Verständnis bei den Herren Arbeitgebern finden. Die Konferenz beauftragt die Organisationsvertreter, folgende Forderungen den Arbeitgebern zu unterbreiten:

- Auf die bisherigen Löhne werden an Zuschlägen bezahlt: für männliche Arbeiter pro Stunde 25 Pf., für Arbeiterinnen pro Stunde 20 Pf., Heizer und Maschinenisten erhalten zu den Grundlöhnen einen Zuschlag pro Stunde von 20 Pf., Handwerker einen Zuschlag pro Stunde von 25-30 Pf., für schlechte Arbeiten eine Stationszulage von pro Stunde etwa 10 Pf.

Die Konferenz erklärt diese Forderung als das Mindeste dessen, was zugelegt werden muß, wenn die Arbeiterschaft die Kampagne aufnehmen soll. Die Organisationsvertreter werden beauftragt, die Verhandlungen über diese Forderung zentral zu führen. Wenn diese Verhandlungen nicht bis zum 9. d. M. endgültig erledigt sind, ist sofort eine weitere Konferenz einzuberufen, um dann zu den weiter zu unternehmenden Schritten Stellung zu nehmen.

Kollege Thiemer wies nun noch darauf hin, daß das Vertrauensmännerverhältnis noch besser ausgebaut werden müsse, und zwar so, daß in jeder Abteilung eines jeden Betriebes mindestens ein Vertrauensmann vorhanden sein muß.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach der Branchenleiter dieser Industriegruppe, Kollege Senfick, Hammer. Redner schilderte ausführlich die kapitalistische Wirtschaftsweise vor und während des Krieges. Zweifellos stand das Wirtschaftsleben in Deutschland vor dem Kriege in höchster Blüte, und zwar durch den Fleiß und die allzugroße Bescheidenheit der Arbeiter. Mangels starker Organisation konnte das Kapital uneingeschränkt herrschen. Die Unternehmer konnten in der Ausbeutung des menschlichen Wirtschaftslebens keine Grenzen, was nicht auf gutlichem Wege zu erreichen war, glaubte man mit Gewalt an sich zu ziehen. Durch den Krieg wurde nun das ehemals so blühende Wirtschaftsleben vernichtet. Die Schuld an dieser Vernichtung trägt das bisherige kapitalistische System. Für uns entsteht nun die Frage, wie kommen wir aus dieser Misere heraus? Dabei lautet die Frage auf, hat die Arbeiterschaft überhaupt ein Interesse am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens? Diese Frage müssen wir bejahen. Es gibt für uns nur eins, entweder wir bringen das Wirtschaftsleben wieder mit in Schwung und führen dann Waren aus oder wir führen Menschen aus. Da wir das letztere nicht wollen, müssen wir am Wiederaufbau mitwirken.

Dieses kann durch folgende Maßnahmen geschehen: Wir müssen dazu beitragen, daß überall dort gearbeitet wird, wo Gelegenheit dazu gegeben ist. Wo aber Pflichten sind, müssen auch Rechte sein. Wir müssen daher verlangen, daß wir bei allen wirtschaftlichen Dingen gehört und um Rat gefragt werden. In den zentralen Arbeitsgemeinschaften wollen wir bei allen Wirtschaftsfragen mitwirken. Die Arbeiterauschüsse und später die Betriebsräte müssen bei allen wichtigen Fragen im Betrieb bestimmte Rechte erhalten. Das kommende Betriebsratsgesetz wird uns hier bestimmte Regeln schaffen. Es kommt aber nicht darauf an, wie das Gesetz aussehen wird, sondern es wird darauf ankommen, wie wir verfahren werden, die Rechte auszunützen. Unsere Arbeiterauschüsse haben bis jetzt gute Arbeit geleistet, und wir haben die Hoffnung, trotzdem die Organisation an den meisten Stellen noch recht jung ist, daß sie auch hier gute Arbeit leisten wird.

Es dreht sich bei dem Kampf in Zukunft nicht lediglich um eine Lohnfrage, sondern darum, wer in wirtschaftlichen Dingen ausschlaggebend sein soll. Den Einfluß in allen Wirtschaftsfragen werden wir uns aber nur dann sichern können, wenn wir über eine geschlossene Organisation verfügen. Die beste Arbeit zu dem wirtschaftlichen Aufbau leisten wir also durch Stärkung unserer Organisation und Anwerbung neuer Mitglieder.

Mit der Aufforderung, in diesem Sinne tätig zu sein, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Zucker für Rübenerntearbeiter.

Bei der geringen diesjährigen Rübenanbaulage ist es unbedingt erforderlich, die gesamte Ernte sicher einzubringen, damit nicht wieder, wie im vorigen Jahre, größere Strecken aus Arbeitermangel unangeerntet bleiben und beträchtliche Mengen Rüben im Erdboden verfaulen. Um die Anwerbung von Arbeitern für die Rübenernste zu erleichtern, hat daher das Reichswirtschaftsministerium die Reichszuckerstelle ermächtigt, die bisherige Anteilzuckermenge für die Rübenarbeiter zu erhöhen. Es sollen in Zukunft etwa vier Pfund Zucker von jedem abgeernteten Morgen Zuckerrübenland für die Rübenarbeiter zum Inlandspreise zur Verteilung gelangen, ohne daß dieser Zucker den Arbeitern durch den Kommunalverband auf ihre Zuckeranteile angerechnet werden darf. Er ist nur für den eigenen Hausgebrauch der Empfänger bestimmt und sein Verkauf verboten. Nähere Bestimmungen hierüber werden in den nächsten Tagen den Zuckerfabriken von der Reichszuckerstelle zugehen. Die freizugebende Menge wird nach dem Gewicht der Rüben errechnet, welche die Zuckerfabriken von den Rübenbauern erhalten haben. Daher können nur solche Bauern, die ihre Rüben an die Fabriken abliefern, ihren Arbeitern diese Vergünstigung zuwenden. Für Rüben, die in Brennereien kommen oder von den Landwirten veräußert werden, wird Anteilzucker nicht abgegeben.

Verschiedene Industrien

Aus der thüringischen Spielwarenindustrie.

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Wg. Ztg.“ soll die Ausführungsmöglichkeit für die Spielwarenindustrie noch nicht sehr groß sein. Insbesondere die hohen Preise sollen ein Haupthindernis für erweiterte Ausfuhr bilden. Die nachfolgende Tabelle enthält die Durchschnittspreise pro Duzend Puppen aus der Zeit kurz vor dem Kriege und von heute:

Puppentlänge	Preis pro Duzend vor dem Kriege	Gegenwärtiger Preis pro Duzend
45 cm	11,50 Mk.	50,20 Mk.
50 "	14,10 "	59,85 "
60 "	18,50 "	63,70 "
65 "	19,50 "	83,10 "
70 "	23, - "	93,50 "

Dem Stande unserer Valuta entsprechend, müßten die Preise aber noch höher sein, um dem Marktwert vor dem Kriege zu ent-

sprechen. Es wird sich ja nun alsbald zeigen müssen, ob nicht die Weihnachtsferien den Export wesentlich zu heben vermag. Hoffen wir das Beste.

Kautschuk.

Nachdem größere Mengen von Kautschuk zur Einfuhr nach Deutschland gelangt sind, hat der Reichswirtschaftsminister durch Bekanntmachung vom 20. September 1919 mit Wirkung vom 25. September 1919 die Beschlagsnahme und Meldepflicht für Kautschuk (Summi), Gutta-percha, Balata, Altgummi, Regenerate, Abfett sowie von Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe, insbesondere für Gummibereitungen, für Kraftfahrzeuge und Kautschwagen, sowie die noch bestehenden Herstellungsverbote aufgehoben.

Ausländische Arbeiterbewegung.

Die amerikanische Gewerkschaftszentrale

(American Federation of Labor) hielt im Juni dieses Jahres in Atlantic City ihren 39. Jahrestagungsab. Wir entnehmen dem erstatteten Bericht nachstehende Daten über die Entwicklung dieser Bundesorganisation im letzten Jahres: Die Durchschnittszahl der Mitglieder, für die Beiträge an die Zentrale geleistet wurden, betrug 3.260.068 — eine Zunahme von 533.590 gegenüber dem Vorjahre. Die größte zur Föderation gehörende Organisation ist nach wie vor diejenige der Bergarbeiter, die trotz eines Rückganges von 19.600 noch immer 393.800 Mitglieder aufweist. Als zweitgrößte Organisation folgt diejenige der Zimmerleute und Bauarbeiter mit 307.900 Mitgliedern — eine Zunahme von 40.600. Einen noch größeren Zuwachs hat die in dritter Reihe kommende Vereinigung der Bergleute zu verzeichnen, die von 143.600 auf 254.600, also um 111.000 gestiegen ist. Im ganzen gehören zur American Federation of Labor jetzt 33.852 Lokalvereine von 111 nationalen oder internationalen Organisationen, 46 Staatsverbände, 816 Zentralfachverbände und 884 direkt der Föderation angeschlossene selbständige Lokalvereine.

Die Gesamteinnahmen der Föderation stellten sich auf 654.687 Dollar und die Gesamtausgaben auf 587.518 Dollar, wodurch das Gesamtvermögen der Föderation auf 217.490 Dollar gestiegen ist; hiervon gehören aber 179.725 Dollar in den Streifonds der direkt zur Föderation gehörenden Lokalvereine, so daß der American Federation of Labor der Betrag von 37.764 Dollar für ihre Zwecke zur Verfügung steht.

Zur Sammlung eines Fonds für außerordentliche Kriegsausgaben hatte der vorjährige Kongress die Erhebung einer Kopfsteuer von 1 Cent pro Mitglied beschlossen, die im ganzen 26.108,86 Dollar einbrachte, also nur von 2.610.886 Mitgliedern bezahlt wurde, während die Mitgliederzahl im verfloßenen Jahre mit 3.260.068 angegeben ist. Dieser Kriegsfonds wurde laut Abrechnung vollständig ausbezahlt, und zwar der größte Teil zur Bestreitung der Unkosten der nach Europa gesandten Friedensdelegation der American Federation of Labor.

66 internationale Organisationen berichteten über eine Gesamtausgabe von 1.375.672 Dollar an Streikkosten und 80.194 Dollar für Unterstützung anderer Unions. 63 internationale Unions melden eine Ausgabe von 5.119.414 Dollar an Begräbniskosten für ihre Mitglieder und 9 Organisationen eine solche von 151.583 Dollar für Frauen von Mitgliedern. 25 Organisationen berichteten eine Gesamtausgabe von 1.326.802 Dollar für Krankenunterstützung und 7 Organisationen eine solche von 49.060 Dollar für Arbeitslosenunterstützung.

Gewerkschaftsbewegung in Belgien

Im Bezirk Brüssel ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die 1914 19.100 und Ende 1918 34.231 betrug, bis Ende Juni auf 56.236 gestiegen.

Englischer Gewerkschaftskongress.

Zum Vorsitzenden des parlamentarischen Komitees und damit zum Vorsitzenden des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses wurde der sehr links stehende Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes J. S. Thomas gewählt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Attna. Am 5. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege Henke erstattete den Rapportbericht vom dritten Quartal. Der Einnahme der Hauptkasse von 1323,20 Mk. stand eine Ausgabe von 474,64 Mk. gegenüber, so daß ein Betrag von 848,56 Mk. der Hauptkasse geblieben war. Die Lokalkasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe zwischen 587,16 Mk. und 362,90 Mk., mithin bleibt für das nächste Quartal ein Bestand von 224,60 Mk. Der Mitgliederbestand wies die statistische Zahl in diesem Jahr zehntausend schwieriger Agitationsgebiet von 198 Mitgliedern auf. Der Vorsitzende Kollege Hoppe berichtete über die Konferenz der keramischen Industrie im Gau 6 (Schlesien), welche am 31. August in Breslau tagte. Daraus ist besonders hervorzuheben, daß sich der Mitgliederbestand erfreulicherweise auf das Feste gehoben hat. Waren es doch früher bei 26 Zahlstellen 8000 Mitglieder und jetzt bei 62 Zahlstellen 58.000 Mitglieder. Wir sehen, es hat so mancher Kollege einsehen gelernt, daß er als einzelner nichts ist, aber daß die Gesamtheit eine Macht bedeutet. Gibt es doch heute noch Elemente, die sogar mit der Parole arbeiten: „Neder mit den Gewerkschaften.“ Wie wäre es mit dem Lohn geworden ohne Organisation? Erinnerung wir uns doch an frühere Zeiten, unter welchen Hungerlöhnen unsere Vorfahren schmachten mußten. Kollege Henke wies darauf hin, ein wachsendes Auge auf die christlichen Vereinen zu werfen, welche uns ja bekanntlich schon sehr viel zu schaffen gemacht haben. Kollege Richter geißelte scharf das Verhalten der jetzigen Gewerkschaften, da es vorgekommen ist, daß sie auf Anruf überhaupt nicht geantwortet haben. Er sieht ein, daß die Kollegen im Gau mit Arbeit überhäuft sind; es muß aber unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Er gab seiner Meinung dahingehend Ausdruck, eine weibliche Kraft in dem Bureau der Gewerkschaft anzustellen, so daß dadurch einer von den drei Kollegen leichter abkommen kann, wenn es von den Mitgliedern gewünscht wird. Redner forderte bestimmt, dahin zu wirken, wenigstens für das nächste Jahr in der Saisonzeit, eine Aushilfe zu erlangen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen und Kolleginnen, neu zur Gewerkschaft zu halten und jeder anderen Werbung den Rücken zu drehen. Nur so können wir zum Ziele gelangen. G. Sch.

Ellrich a. Harz. Endlich ist es gelungen, die Arbeiter der Firma S. u. E. Würgardt in Aletenberg dem Verband anzuschließen. Die Arbeiterschaft hat eingesehen, daß es nicht mehr so weitergehen konnte. Hier hatten die Kollegen einen Lohn von 40 und 50 Pf. pro Stunde. Es wurden Lohnforderungen aufgestellt und ein Arbeiterauschuß gewählt. Die Lohnforderungen wurden der Firma mit achtstündiger Frist überhandt. Am 25. März wurde von der Firma eine Betriebsvertretung angepflegt, zu der 4 Firmenvertreter amwesend waren. Einer von den Herren erklärte, daß die Lohnforderung übertrieben wäre, 25 Pf. pro Stunde wolle er zulegen, worauf der ältere Herr erklärte, das wäre auf einmal viel zu viel. Auch die Zahl des Arbeiterauschusses wäre unzulässig. Darauf verlangten die Kollegen die Wahl des Arbeiterauschusses. Die Wahl kam dann endlich am 6. Juni zustande. Am 12. Juni wurde ein Kollege entsandt. Der Arbeiterauschuß verlangte dessen Wiederernennung. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der Kollege wieder ernannt, und der Chef zahlte auch 5 Pf. pro Stunde mehr, so daß der Lohn nun endlich auf 80 und 90 Pf. pro Stunde kam. Als auch für Niederfachwerker Forderungen aufgestellt wurden, schlossen wir uns diesen an. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband führten aber zu keiner Einigung, und die Sache kam vor der Schlichtungsausschuß Nordhannens. Wir erzielten eine Forderung von 40 Pf. pro Stunde und hatten nun einen Lohn von 1,20 und 1,30 Mk. pro Stunde. Nun dachten einige Kollegen, jetzt kann man Geld verdienen, und sie arbeiteten in der Woche 80, 90, 100 und über 100 Stunden. Das ging so lange, bis der Arbeiteraus-



schon den Achtstundentag einführt. Der Chef wollte, daß noch einige Ueberstunden gemacht würden, der Arbeiterausschuß hatte auch eingewilligt, jedoch dürfe die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht übersteigen. Aber die Betriebsleitung ließ nicht nach, so daß wieder einige Kollegen über 12 Stunden arbeiteten. Der Chef erklärte einfach, wenn ihr nicht arbeiten wollt, wie ihr es haben wollt, dann machen wir die Ruhe zu. Das ging den Kollegen doch ein bißchen zu weit, erst Ueberstunden machen und dann die Ruhe zu machen. Nun griff die Geschäftsleitung ein, und es wurde endlich der gezeigte Achtstundentag durchgeführt. Aber es ist noch ein Arbeiter hier im Betriebe, ein Invalide, der noch 10 Stunden und darüber arbeitet. Vollarbeiter arbeiten also 8 Stunden und Invaliden 10 Stunden; alle Achtung vor dem neuen Geist, der die Menschen befeuert.

**Höfner.** Unsere Zahlstelle ist seit ihrem Bestehen (Februar 1919) auf die städtische Mitgliederzahl von 330 angewachsen. Die Kollegen und Kolleginnen haben nach der Revolution ein, daß nur durch starkes Zusammenhalten auf dem Boden der Gewerkschaften bessere Lebensbedingungen geschaffen werden können. Infolgedessen schloß sich alles unserem Verbande an, ob zuständig oder nicht. Der Fabrikarbeiterverband stand ja auch zuerst als einziger freier Verband in Höfner da. Für die Dauer ging das aber nicht, und so sorgten die Bevollmächtigten unserer Zahlstelle dafür, daß die nicht zuständigen Kollegen und Kolleginnen ihre eigenen Zahlstellen belamen. 140 Mitglieder trat unser Verband im ganzen ab. Diese verteilten sich auf folgende freie Verbände: 60 Mitglieder zum Buch- und Steinbrücker-Häufelarbeiterverband, 20 Mitglieder zum Deutschen Holzarbeiterverband, 20 Mitglieder zum Deutschen Landarbeiterverband, 15 Mitglieder zum Brauereiarbeiterverband. Die übrigen 20 Kollegen meldeten sich ab. Die genannten Ortsgruppen schlossen sich nun zu einem „Gewerkschaftsstellort Höfner und Umgebung“ zusammen, um den nötigen Zusammenhalt untereinander herzustellen. — Wir haben für unsere Mitglieder in verschiedenen Betrieben Lohnaufbesserungen und sonstige Vorteile erzielt. Im übrigen sind wir voll zuversichtlich und hoffen, daß sich alle noch fernstehenden Kollegen unserem Verbande anschließen werden, zu ihrem eigenen Vorteil und zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung. R. T.

**Quidborn.** Wer gewohnt ist, absolut zu herrschen, der möchte nichts von seinem Herrtum einbüßen und den Arbeitern keine Rechte zubilligen. Das ist auch der Fall bei Herrn Direktor Freund von der Firma Pflanzenbutter-Margarinwerke, G. m. b. H., Chemsee bei Quidborn. Auf der Höhe war der Betrieb seit Bestehen 1911 noch nicht. Bei Beginn der Revolution wurden hier Löhne von 80 Pf. für Arbeiter und 60 Pf. für Frauen bezahlt. Eine Lohnbewegung Anfang Januar dieses Jahres verlief infolge des Benehmens des Direktors katastrophal. Das Vorkommnis wurde dem Arbeiterausschuß beantwortet er mit Hinweis auf den Streik. Nun wurde in den Streik getreten. Nach Verhandlungen des damaligen Arbeiter- und Soldatenrates. Diebemann aus Pannenberg kam es zu folgenden Abmachungen: Arbeiter 1,40 Mk., Frauen 1 Mk. pro Stunde. Da aber diese Löhne unzureichend waren, wurden von der Arbeiterchaft am 22. Juni erneut Lohnforderungen eingereicht. Durch die Verschleppungspolitik des Direktors wurden gründliche Verhandlungen bis zum September hingenommen. Da der Direktor auch weiter eine ablehnende Haltung zeigte, trat die Arbeiterchaft am 11. September in den Streik, wobei sie von der Betriebsleitung nach Kräften unterstützt wurde. Direktor Freund glaubte nun den Streik hunderttausend arbeitswillige Leute einstellen zu können. Da an ein gütliches Verhandeln absolut nicht zu denken war, wurde am 15. September die Sperre über den Betrieb verhängt. Bei den Verhandlungen, die nunmehr vor der Schlichtungskommission zu Altona stattfanden, wurden die Löhne festgesetzt mit rückwirkender Kraft vom 16. August an für Arbeiter auf 1,90 Mk. und für Arbeiterinnen auf 1,20 Mk. pro Stunde. Die Arbeiterchaft hatte durch ihr festes Zusammenhalten einen Erfolg errungen.

**Wittenberg.** Unsere Zahlstelle hielt am 5. Oktober im Schützenhaus zu Klein-Wittenberg ihre Generalversammlung ab. Einleitend gedachte Kollege Jenschel der im Quartale verstorbenen Kollegen. Die Versammlung eilte diesen durch Erlesen von den Seiten. Zu Punkt 1 ergriffte Kollege Jenschel den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß die Arbeit der Kommune eine sehr reichhaltige war. In circa 49 Bezirks- resp. Betriebsversammlungen wurde Stellung zu den inwärtigen Lohn- und Organisationsfragen genommen. In fast allen Betrieben wurden die Lohnverträge erneuert, wozu 32 Verhandlungen nötig waren. Die Bewegungen wurden alle mit Erfolg für die Beteiligten erledigt, mit Ausnahme der in der Munitionsfabrik Beschäftigten. Hier wurden bereits im Juni neue Forderungen eingereicht, die aber bis heute noch nicht abgelehnt sind. Es wäre sehr erwünscht, daß die in Frage kommenden Seiten etwas schneller arbeiten, damit die Gewerkschaft den Beschäftigten nicht auf eine zu lange Probe gestellt wird, denn letzten Endes kann die Geduld auch einmal reißten. Personalrats- und sonstige Sitzungen waren 19 abgehalten. Der Schlichtungsausschuß wurde in drei Fällen angezogen. In zwei Fällen wurde eine Einigung erzielt, und in einem Fall erklärte sich der Schlichtungsausschuß nicht für zuständig und wurde die Sache anderweitig geregelt. Vor dem Gewerbegericht wurde ein Kollege vertreten. Zu Punkt 2 ergriffte Kollege Franz den Geschäftsbericht. Derselbe bilanzierte in Genußnahme und Ausgabe für die Hauptkasse mit 29.170,20 Mk. Der Gesamtertrag der Lokalfeste von 19.041,53 Mk. stand eine Ausgabe von 7846,07 Mk. gegenüber, so daß der Bestand am Schluß des dritten Quartals 11.248,46 Mk. beträgt. Zu Beitragsarbeiten wurden 48.824 Stmk. umgelegt; das ergibt auf die Mitgliederzahl insgesamt am Quartale pro Mitglied 13,7 Beiträge. Die Mitgliederbewegung ergab einen Zugang von 491 Mitgliedern und einen Abgang von 489 Mitgliedern. Dieser hohe Abgang ist auf die erfolglosen Entlassungen auf dem Sprengstoffwerk zurückzuführen, da dieser Betrieb eine Arbeiterchaft noch fortgesetzt betreibt. Die Mitgliederzahl am Schluß des Quartals beträgt 2549 Kollegen, 1009 Kolleginnen, zusammen 3558 Mitglieder. Die Diskussion über den Geschäfts- und Jahresbericht ergab, daß die Delegierten mit der Tätigkeit der Vermittlung einverstanden waren. Zu Punkt 3, Geschäftsregulierung der Angelegenheiten, ergriff Kollege Wittenberg das Wort. Er zeigt an, daß diese Sache die Generalversammlung schon einmal beschließen, jedoch nicht zum Abschluß gebracht wurde. Wittenberg war ein weiteres Schreiben vom Hauptverband eingegangen, in welchem den Verhandlungen empfohlen wird, die Verhandlungsfragen zu erledigen. Er spricht für eine Erhöhung. In der Diskussion wurde dem Vorschlag von allen Rednern zugestimmt. Es wurden zwei Anträge eingebracht, lautend auf eine monatliche Entschädigung von 500 Mk. respektive 600 Mk. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für 600 Mk. Die Angelegenheiten erklären, daß sie für das Gesamtorganisationsjahr darüber kein, aber für sich nur die vom Hauptverband vorgeschlagene Höhe in Anrechnung bringen werden, welche pro Monat 500 Mk. betragen. Unter Punkt 4 Verhandlungsergebnisse wurde ein Antrag eingebracht, den Delegierten zur Generalversammlung 2 Mk. als Entschädigung zu gewähren. Der Antrag wird gegen fünf Stimmen angenommen. Nachdem Kollege Jenschel für die Wahlen der Delegierten gedankt hatte, wurde die Generalversammlung geschlossen.

**Rundscha.**

**Berichterstattung des Rates**

wird demnächst eintreten. Die Berichterstattung soll dadurch erreicht werden, daß das Programm nicht mehr wie bisher zu 91 Prozent ausgemessen wird. Die Auszahlung soll vom 15. Oktober an nur noch betragen bei Kassen 82 Prozent, bei Kassen 80 Prozent und bei Kasse 75 Prozent. Die Wahlen haben bereits entsprechende Anweisung von der Geschäftsstelle erhalten. Da die noch vorhandenen Mitgliederzahl durch Aufgehörte werden müssen, wird das bessere Ende vorausichtlich erst Ende des Monats Oktober hergesteuert werden können. Das nicht gerade beliebte Kriegsgeld wird also bald verschwinden. Damit wird ein langer gehagter Wunsch der Kommunisten endlich erfüllt. Zwar ist mit der Berichterstattung eine Fortschreibung verbunden, deren Höhe noch nicht genau feststeht. Sie dürfte jedoch für die Kommunisten nicht allzu sehr ins Gewicht fallen, weil das Reich vorwiegend einen größeren Prozentsatz zu den Wahlen beibringt. Der Vorteil der niedrigen Auszahlung liegt nicht nur darin, daß das Post besser, schmutziger und leichter verworfen wird, sondern auch darin, daß eine größere Menge Kleingeld verbleibt, die für die Anschaffung neuer Schuhe, insbesondere auch für die Mitgliedschaften notwendig ist. Die Nationalisierung bleibt bis auf weiteres unangetastet, weil wir immer noch mit unseren Beständen spekulieren müssen, um nicht gezwungen zu werden, aus dem

Auslande große Mengen einzuführen. Das ausländische Getreide durch den schlechten Stand unserer Wälder und die hohen Transportkosten erheblich teurer kommt als unser inländisches Produkt, ist bekannt. Die Möglichkeit einer Erhöhung der Ration kann erst erörtert werden, wenn eine zuverlässige Beurteilung des Erntergebnisses vorliegt.

**Verbandsnachrichten.**

**Das Jahrbuch 1918**

ist erschienen und den Zahlstellenleitungen mit der Nr. 40 des „Proletarier“ in je einem Exemplar zugegangen. Allen Funktionären leistet das Jahrbuch gute Dienste, wenn es gelesen und der Inhalt zur rechten Zeit und am rechten Ort verbreitet wird. Zahlstellen, die mehrere Jahrbücher benötigen, wollen alsbald ihre Bestellungen beim Hauptvorstand aufgeben.

**Zur Beachtung.**

Bei Mitteilungen und Materialbestellungen wolle man nicht unterlassen, neben Namen und Wohnort des Bestellers, auch die Zahlstelle anzugeben. Es treten sonst unangenehme Zwischenfälle ein. **Der Vorstand.**

**Die Abrechnung für das dritte Quartal 1919 haben eingefandt:**  
 Leisnag, Mittenwalde, Oberau, Burzen, Zell a. H., Debeleben, Meiffen, Kaltenkirchen, Eisenach, Lechbrud, Lebbin, Löbau, Dessau, Beer, Mühlgrün, Wangen, Gronau, Schmeinfurt, Heegermühle, Götze, Schönebeck, Breitzsch, Springe, Westerland, Schneidnitz, Schönbach, Witten a. d. Ube, Wildbad, Altrip, Heringen, Tschöe, Finenau, Strehla a. d. Elbe, Lausitz, M. Kroschburg, Delmenhorst, Schwarz, Gummersbach, Ratibor, Kalbe, Eilenburg, Köthen, Strassburg i. U., Stappfurt, Simbach, Reichenburg, Hademarschen, Lübenstsch, Nöthen, Nordhausen, Emmerich, Groß-Mühl, Kohl a. M. Greifenberg i. P., Greiffenberg i. Schel., Leipzig, Lödnitz, Baurwitz, Eberswalde, Tischentent, Ohlau, Altwaffer, Weiswasser, Erlangen, Schke, Neustadt a. d. Haardt, Hülßen, Mühlheim, Dippach, Dösch, Frankfurt a. d. O., Duedling, Jahn, Gaißhain, Jarmen, Groß-Ammensleben, Mühlacker, Malgersdorf, Ergoldsbach, Groitzsch, Gäßtrum, Pahlhude, Sohland, Neuenhau, Mannich, Kiel, Brieslau, Lachendorf, Büttow, Wolde, Schwabach, Gyntra, Nterode a. S., Wschbach, Jahnitz, Deutsch-Eylau, Obisleben, Remel, Marienhausen, Korbach, Marburg, Kreuz, Bromberg, Wirges, Biere, Sippingen, Schönberg, Naußa, Schwanebeck, Sulzbach, Jossen, Freiburg i. Schel., Guben, Malchow, Demmin, Landsberg, Meisenburg, Rodach, Oberörsch, Brudmühl, Vorch, Wriezen, Goh-Möschendorf, Hämelnwald, Rinteln, Bernburg, Wittenberg, Wietzbach, Herzberg, Mühlentersel, Groß-Besten, Dörschheim, Kieffern, Teietow, Mendstreu, Büchen, Ragsburg, Dhrdruf, Lehrte, Sylten, Hochspeyer, Leßin, Jürtenberg, Jauer, Angerburg, Waltershausen, Ulan, Egeln, Wiersleben, Göttingerode, Grabow, Salzheimmendorf, Hall (Schwäbisch), Triesch, Hofenweßfeld, Lützen, Heideberg, Seehausen, Polnisch Neulitz, Marienstein, Greiffenberg, Bergedorf, Reichenhain, Groß-Mahner, Wajungen, Kipperitz, Kalen, Eilenberg (S.-M.), Wärmberg, Dommitsch, Genthin, Warby, Weisenberg, Walsode, Dörschheim, Penig, Schiltorf, Buntfeld, Gmund, Häßel i. D., Gelle, Rebensteden, Pläse i. P., Küstrin, Wathlingen, Ummendorf, Eilen, Schongau, Kurtzsch, Hartingerode, Osterholz, Sch., Wolflau i. Schel., Groß-Gönslingen, Lage i. Lippe, Noffen, Mügeln b. D., Neuhofen, Bredereiche, Stadthagen, Köstlin, Kattowitz, Koblitz, Voßum, Barmen, Geisenhausen, Münden, Albrud.

**Vom 5. Oktober an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:**  
 Reg'n 1192,44 Großsch 1000,— Gmund 723,10 Witten a. d. U. 577,65 Debeleben 539,28 Stöckheim 470,10 Wolflau 350,— Herzberg a. d. U. 334,70 Springe 288,— Oberau 285,— Jied 267,55 Kaltenkirchen 255,99 Beer 99,40 Lübenstsch 93,— Karin 91,56 Korbach 21,— Köln 11,— Seebitz 750,25 Hainzang 885,68 Westel i. S. 2597,43 Rabeberg 2028,53 Wittenberge a. d. U. 1283,08 Tangermünde 6159,29 Straßburg (U.-M.) 695,46 Soltan 509,94 Sachsendorf 122,— Schwedt 327,32 Meiffen 4878,33 Kreis 1784,04 Nietzdring 957,56 Neubrandenburg 997,98 Dippach 1200,— Zeitz 2733,54 Neuhaldensleben 331,79 Brieslau 317,70 Eipnerode, 588,78 Schneidemühl 165,77 Sebnitz 9035,17 Neustadt a. d. Haardt. Lütz 362,74 Finenau 1462,74 Bitterfeld 17306,71 Dresden 16717,11 Kiel 14850,12 Burzen 13537,15 Kattowitz 2350,— Albrud 800,— Pola, Neulitz 664,53 Erlangen 547,20 Burgthalmalbe 525,40 Schwesingen 523,54 Malgersdorf 406,50 Rodach 353,56 Geisenhausen 352,33 Detmold 330,51 Bleicherode 305,87 Gaißhain 268,95 Deendorf 238,70 Hademarschen 220,35 Heiligenstadt 155,18 Groitzsch 133,22 Simbach 90,91 Dörschheim 86,40 Angsburg 55,— Raing 8,50 Emmerich 2203,49 Duedling 1183,81 Neuhagen 983,22 Gr.-Mühl 910,35 Dommitsch 709,34 Bramsche 669,17 Baurwitz 627,89 Angerburg 588,10 Kahl a. M. 546,54 Tischentent 246,24 Sohland 220,76 G.-Ammensleben 200,10 Jörnburg 117,30 Höhe 79,70 Grewitz 59,25 Dejan 16232,36 Tschöe 13582,18 Wriezen 675,60 Weßelburg 500,27 Brudmühl 1465,02 Köstlin 5650,04 Penig 821,42 Schwanebeck a. d. U. 2679,48 Ebingen 1000,— Untereichbach 500,— Eilen 1307,71 Leipzig 19793,32 Schwanebeck 897,14 Hirschfeld 847,38 Lebbin i. Pom. 259,65 Dösch 973,19 Greiffenberg i. Pom. 1451,60 Häßel i. O. 919,71 Jahnitz 881,57 Wschbach 823,76 Plauen i. S. 606,34 Pahlhude 546,30 Kreuz 430,50 Schwaben 338,98 Rathslingen 316,— Hülßen 291,62 Rinteln 191,15 Hämelnwald 182,36 Gr.-Mahner 154,15 Deutsch-Eylau 36,— Zeitz 2,— Penig 9,40 Jülich 9288,95 Staßfurt 3810,17 Lützel 1871,69 Gronau 2395,09 Wangen 710,80 Obisleben 452,50 Schönbach 1054,81 Schwarz 474,36 Ratibor 1156,51 Westerland 494,28 Eisenach 2513,11 Tetanow 962,60 Eilenburg i. S. 156,23 Götze 842,— Heegermühle 2379,29 Reichenburg 648,44 Büchen 1206,76 Altwaffer 848,56 Freiburg i. H. 2000,— Burgsch 1336,35 Göttingerode 2768,61 Wiersleben 1457,94 Regensburg 10000, Kieffern 1000,— Demmin 452,41 Wschbach 852,83 Witten a. d. U. 111,04 Schneidnitz 2563,48 Rammstein 8876,65 Witten 789,86 Waagen 2000,— Mühlacker 881,78 Strehla a. d. U. 650,64 Kroschburg 237,86 Hoyerwerda 800,— Löbau i. S. 1938,60 Schweinitz 8769,25 Jauer 1479,46 Jürtenberg i. M. 1308,19 Biere 1054,62 Gradow i. M. 981,63 Jarmen 977,12 Ebnra 761,93 Hall 730,77 Kalen i. S. 705,88 Hnas 396,— Kieffern 393,43 Lambach 393,41 Salzheimmendorf 378,55 Hohemisch 243,20 Marburg a. d. U. 335,26 Schönberg i. M. 195,11 Kappelburg 175,37 Wschbach 156,23 Sachsendorf 152,78 Sulzbach 69,50 Kolberg 60,— Greiffenberg 25,— Kappelburg 19,60 Bromberg 11,— Reichenburg 3,75. Bad Lausitz 1364,12 Kalle a. d. U. 1003,27 Seimbach 283,60 Brunsbüttelweg 232,47 Frankfurt a. d. O. 1477,88 Kappelberg 20,16 Jahn 2076,34 Dörschheim 244,65 Wismar 4556,91 Harburg a. d. U. 2775,26 Büttow i. Pom. 1302,28 Gensbach 622,82 Dypeln 596,— Eilen 521,13 Eichenburg 452,90 Jülich 466,72 Bredereiche 412,45 Schwan 372,84 Dörschheim 199,58 Albrud 197,33 Reichenburg 145,54 Frankfurt a. M. 22,50 Rangsdorf 81,45 Eilen — 50.

**Zu Vermögensbeiträgen gingen ein:**  
 Reg'n 43,20 Dösch 16,— Herzberg a. d. U. 3,30 Reg'n — 60 Köthen 67,95 Eilenburg 48,50 Eipnerode 5,— Groitzsch 2,95 Goslar 65,— Hof 82,50 Heegermühle 20,20 Sebnitz 15,— Göttingerode 14,75 Wschbach 9,65 Schwabach 8,35 Wittenwalde 8,30 Reichenburg 6,55 Wriezen 1,— Wiersleben 27,10 Strehla a. d. U. 14,45 Burgsch 12,20 Wittenberg 177,90 Schweinitz 90,— Herzberg i. d. M. 39,— Guben 36,80 Landsberg 19,30 Gerabrom 12,75 Perleberg 3,90 Stadthagen 4,35 Rom 54,55. **Schlag: Sonnabend, den 11. Oktober, mittags 12 Uhr.**  
 Fr. Franz, Kaffeez.  
**Veröffentlichung.** In Nr. 38 muß es heißen: Reendorf 284,20, nicht: Reubarf.

**Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen**

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Baireuth	40 Pf.	25 Pf.	1. Okt. 1919
Bredstedt	10 "	10 "	
Dittschau	20 "	10 "	
Ebersdorf (Oberfranken)	40 "	16 "	
Wörlitz	25 "	15 "	1. Nov. 1919
Gerbersfelden	40 "	25 "	
Lechbrud	25 "	25 "	
Minden i. Westf.	15 "	15 "	15. Okt. 1919
Neu-Ruppin	20 "	20 "	
Riefenburg	20 "	15 "	
Rollenheim	40 "	25 "	
Sülzt	40 "	25 "	

**Neue Adressen und Adressenänderungen.**

**Gau 1.**  
 Stadthagen. 1. Bev.: Karl Marwell, Schulstraße 7.  
 Wieselbode. 1. Bev.: Heinrich Burba, Felsstraße 54.  
 Ringelheim (Harz). 1. Bev.: Gustav Elbsberger.  
 Langelsheim, Oer, Harlingerode (Harz) und Harzburg haben sich mit Goslar verschmolzen.  
 Töbenbüren hat sich mit Osnaabrück verschmolzen.  
**Gau 2.**  
 Eilenburg. Geschäftsführer: Paul Hilpert, Breite Straße 11, Hof. St.-Winnigstedt. 1. Bev.: Karl Monack, Groß-Winnigstedt, Kreis Wolfenbüttel.  
**Gau 3.**  
 Herzfelde b. Berlin. 1. Bev.: Friedrich Schuster, Straußberger Straße 11.  
 Thüringwerder b. Wriezen a. d. Oder. 1. Bev.: Friedrich Richter, Eichwerder b. Wriezen a. d. Oder. — 2. Bev.: Robert Thiede in Beaurgardt bei Wriezen a. d. Oder.  
 Wriezen. 1. Bev.: Ernst Karin, Lachheide 262. — 2. Bev.: P. Kaulle, Weinbergstraße 188.  
**Gau 4.**  
 Fürstberg i. Mecklenburg. 1. Bev.: Franz Gubbe, Bahnhofstraße 7. — 2. Bev.: August Wolff.  
 Schönberg i. Mecklenburg. Die Zahlstelle ist eingegangen.  
 Straßburg. 1. Bev.: Karl Köpfe, Frankentwallstraße 22, 2. Etg.  
**Gau 5.**  
 Dittschau. 1. Bev.: Konrad Bielle, Wiesenstraße 7. (Jungen ist zu streichen).  
 Marienburg (Westpreußen). 1. Bev.: Bruno Panzer, Hopfenbruch 47.  
**Gau 8.**  
 Heiligenstadt (Sachsen). 1. Bev.: Ludwig Heinevetter, Heimenstein 509. — 2. Bev.: Rik Schneider, Fuchswinkel 532.  
 Rastenberg i. Th. 1. Bev.: Aug. Bartels, Lindenroßstraße 294. — 2. Bev.: Fritz Förber, Kaiser-Wilhelm-Straße.  
 Sonneberg. Geschäftsführer: Gottfried Brandel, Bureau: Schanzstraße 4.  
**Gau 9.**  
 Harburg (Schwaben) gehört zu Gau 9.  
**Gau 10.**  
 Schwaben. 1. Bev.: Stefan Widi, Feichten (Post Schwaben).  
 Witzheim (Wagern). 1. Bev.: Lorenz Wehr, Pfarrgasse 485. — 2. Bev.: Hans Fertinger.  
**Gau 11.**  
 Gerabronn (Württemberg). 1. Bev.: Fr. Potterraßky. — 2. Bev.: Fr. Hartmann.  
 Rehl a. Rh. G. Pfaffendorf, Luisenstraße 730, ist zu streichen. — Vertrauensmann: Johannes Marploff, Fürberstraße 15.  
**Gau 12.**  
 Neustadt a. d. Haardt. 1. Bev.: Heinr. Benz, Friedrichstr. 48. — 2. Bev.: Georg Schulz, Gelpstraße 19.  
**Gau 13.**  
 Corbach. 1. Bev.: Julius Weigbrich, Jakobspfad.  
 Geisenheim (Rheingau). Franz Bender, Lehnstraße 9.  
**Gau 14.**  
 Dortmund. Geschäftsführer: Robert Löhr; Bureau: Bleichmühlstraße 2g.  
 Emmerich a. Rh. Geschäftsführer: Friedrich de Moll; Bureau: Wollenerstraße 84.  
 Solingen. 1. Bev.: Karl Edenbach, Papiermühle 15. — 2. Bev.: Julius Schmidt, Papiermühle 12.  
**Gau 15.**  
 Dorby-Eckersförde. 1. Bev.: W. Lorenzen, Im Grund 4.  
 Gnarenburg. Karl Gerken.  
 Leer (Hollstein) eingegangen.  
**Nichtigstellung:**  
 Bei den Adressenänderungen im „Proletarier“ Nr. 41 muß es heißen:  
 Oberlahnstein anstatt Oberlaunstein. (Gau 13.)  
 Deßlich-Wintel anstatt Deßlichwintel. (Gau 13.)

**Die Bezirkszahlstelle Deggendorf**

(Niederbayern) sucht zum baldigen Eintritt einen **Geschäftsführer.** Derselbe soll agitatorisch und rednerisch tätig sein können und im schriftlichen Verkehr gut bewandert sein. Voraussetzung ist eine dreijährige Organisationszugehörigkeit. Bewerbungen schreiben mit einer selbstgefertigten Arbeit über das Thema: „Wie kann eine Bezirkszahlstelle am zweckmäßigsten ausgebaut und geleitet werden?“ und unter der Aufschrift „Bewerbung Deggendorf“ zu senden an Adolf Weber, München, Pestalozzistraße 40/3. [6.—Mk.]

**Die Zahlstelle Küppersteg**

sucht zum 1. November (evtl. auch früher) **einen tüchtigen Geschäftsführer.** Derselbe muß redigiert sein, gute Handschrift haben, die Rechtschreibung beherrschen und gewandten Stil schreiben sowie in allen Verwaltungssachen firm sein. Kollegen, die mindestens eine dreijährige Beitrittsleistung in unserem Verbande nachweisen können, wollen sich melden, unter Beilegung 1. eines selbstgefertigten Lebenslaufes, 2. eines Auftrages über die Frage: Wie ist eine Zahlstelle organisatorisch am besten aufzubauen? Das Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen des Dresdener Verbandes nebst Zulagen. Bewerbungen sind zu richten an Otto Richter, Wiesdorf (Rhein), Duffeldorfer Straße 104, 2. Et. [8,50 Mk.]

**Limburg a. d. Lahn**

liegender Zahlstellen, die zusammengelegt werden sollen, wird ein **Geschäftsführer** gesucht. Bewerber müssen eine längere Mitgliedschaft in einer gewerkschaftlichen Organisation nachweisen können. Die Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit bis zum 20. d. M. zu senden an L. Baum, Frankfurt a. Main, Altesbühlengasse 53. [5.—Mk.]